

An
Herrn Oberbürgermeister Kufen
Frau Umweltdezernentin Raskob
Herrn Stadtbaurat Harter

Essen, den 20. April 2020

**Stellungnahme zum Klimaschutz-Beschluss des Rates vom 10. Juli 2019:
„Call for Action“ - auch in Corona-Zeiten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kufen,
sehr geehrte Frau Umweltdezernentin Raskob,
sehr geehrter Herr Stadtbaurat Harter,

an erster Stelle wollen wir Ihnen unsere Anerkennung zum Krisenmanagement in Zeiten der Corona-Pandemie aussprechen. Sie haben die Gesundheit der Essener Bevölkerung hinsichtlich einer möglichen Erkrankung an Covid19 sehr gut im Blick.

Aus Solidarität und Respekt mit allen von der Corona-Pandemie Betroffenen und den Verordnungen entsprechend haben alle VertreterInnen der Essener Umwelt-, Natur- und Klimaschutzinitiativen ihre öffentlichen Aktivitäten auf das Notwendigste beschränkt und in den Bereich der digitalen Alternativen verschoben. Dort arbeiten wir jedoch genauso aktiv und engagiert weiter! Dabei ist und bleibt unsere Aufgabe darauf hinzuweisen, dass die Corona-Pandemie die Welt zwar fest im Griff hat, sie aber letztendlich nur ein Vorgeschmack dessen ist, was die Klimakrise den nachfolgenden Generationen an Folgen bereit hält. Daran wird das in diesen Wochen weltweit weniger ausgestoßene CO2 auch nicht so schnell etwas ändern. Denn, was die Klimabewegung vor allem durch den Einsatz der For Future-Bewegung im letzten Jahr unermüdlich kundgetan hat, konnte „Corona“ global im Schnellkurs vermittelt:

1. was Kippunkte sind und
2. was eine exponentielle Entwicklung ist!

Darum wollen und müssen wir ausdrücklich darauf hinweisen, dass dringend notwendige Umwelt-, Natur- und Klimaschutzmaßnahmen - auch wenn sie unter den Restriktionen der Haushaltssperre formal keine „Pflichtaufgaben“ der Verwaltung darstellen -

auf keinen Fall verschoben, reduziert oder vergessen werden dürfen!

Die klimatischen Entwicklungen sind weiterhin dramatisch, aufgrund der Trockenheit besteht für das Stadtgebiet Essen bereits jetzt im April eine mittlere bis hohe Waldbrandgefahr!

Zeigen Sie den gleichen Elan wie bei der Corona-Krise auch bei der Klimakrise im Sinne von „Climate Justice“ und des Green Deals der EU-Kommission!

Am 10. Juli 2019 rief der Essener Stadtrat zwar nicht den Klimanotstand aus, fasste aber einen Klimaschutz-Beschluss. Sie wiesen sowohl in diesem Beschluss als auch im persönlichen Austausch deutlich und mehrfach darauf hin, dass sich ein Beschluss nicht an Wortbefindlichkeiten messen lassen darf, sondern an den Handlungen, die tatsächlich aus dem Beschluss heraus erfolgen.

Darum ist es Zeit für uns nach nun neun Monaten nachzuhaken: Haben Sie gehandelt?

Konkrete Fragen zum Beschluss vom 10. Juli 2019 zum Klimaschutz:

Im Folgenden werden die am 10. Juli 2019 durch Sie beschlossenen Punkte durch Fragen von uns ergänzt. Im Anhang dieses Schreibens finden Sie konstruktive Anregungen und Vorschläge von uns, die den Klimaschutz in Anlehnung an Ihren Beschluss voran bringen können.

Der Rat der Stadt

1. stellt fest, dass der Weltklimarat (IPCC) im Sonderbericht 2018 die Notwendigkeit erklärt, globale Treibhausgasemissionen bis weit vor 2030 zu reduzieren, um die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Dies ist nur mit ehrgeizigen Maßnahmen der nationalen und subnationalen Ebenen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor erreichbar.

Auch wenn es sich hier nur um eine Feststellung handelt, müssen ehrgeizige Maßnahmen vor allem in den Sektoren Energie, Gebäudesanierung und Verkehr für ein konkretes Handeln formuliert und festgelegt werden:

- Welche sind Ihre „ehrgeizigen Maßnahmen“? Welche Beschlüsse haben Sie dazu angeregt?

- Bereich Energie: Mit dem Beschluss vom 11.12.2019 hat die Stadt Essen¹ die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft (EVV) verpflichtet, den Aufschlag für die Re-Investition in Erneuerbare-Energie-Projekte in Essen (vorwiegend die Errichtung von Photovoltaikanlagen) zu investieren. Dazu sollen vorrangig kommunale Gebäudeflächen genutzt werden.

Inwieweit ist der Ausbau mit Solarenergie auf Essener Dächern vorangeschritten? Durch welche Maßnahmen wird die Essener Zivilgesellschaft mit auf den Weg der Energiewende genommen?

Warum wird die Zusammenarbeit mit der Solargenossenschaft nicht genutzt, die Energiewende zu beschleunigen?

- Bereich Gebäudesanierung: Inwieweit wurde die Sanierungsrate der städtischen Gebäude erhöht?

Inwieweit wird auch die Essener Bevölkerung über die Notwendigkeit einer Sanierung zur CO₂-Einsparung informiert?

- Bereich Verkehr: Warum ist die Anmeldung von Autos nach wie vor steigend und der prozentuale Anteil von ÖPNV/Fahrrad/Fuß nicht gestiegen?

2. erkennt die bisherigen Anstrengungen der Stadt Essen für eine bessere Klimapolitik an, wie sie unter anderem im Zusammenhang mit der erfolgreichen Bewerbung als „Grüne Hauptstadt Europas“ umfassend dargestellt wurde. Er stellt aber gleichzeitig fest, dass ein weiteres Engagement zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad notwendig ist.

Dieser Feststellung soll „weiteres Engagement zur Begrenzung der Erderwärmung“ folgen. Welche konkreten Handlungen mit messbaren und nachvollziehbaren Ergebnissen wurden umgesetzt?

¹ https://ris.essen.de/vorgang/?__=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZUerQW-EpkwCf8_ZnkrV_rg

3. beschließt einstimmig ein internationales Zeichen zu setzen und die offizielle Selbstverpflichtung im Rahmen der Mitgliedschaft des Konvents der Bürgermeister einzugehen (Anlage 1 zur Drucksache). Er beauftragt daher die Verwaltung, innerhalb von zwei Jahren einen Aktionsplan für Klima und Energie (Sustainable Energy and Climate Action Plan = SECAP) vorzulegen.

Die Stadt Essen hat sich im Rahmen der Mitgliedschaft des Konvents der Bürgermeister selbst verpflichtet, Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu fördern und zu etablieren. Die Erneuerung der offiziellen Selbstverpflichtung sollte ein internationales Zeichen setzen und um die Klimafolgenanpassung erweitert werden.

- Ist die Erneuerung der offiziellen Selbstverpflichtung inzwischen verschickt worden? Wenn ja, lassen Sie uns das Schreiben bitte zukommen.

- Wenn diese noch nicht verschickt wurde: warum nicht?

- Haben Sie die Weiterentwicklung des Integrierten Energie- und Klimakonzepts (IEKK) zu einem SECAP bereits gestartet? Wenn ja, wie gehen Sie vor? Ist dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden? Wer ist an der Ausarbeitung beteiligt?

- Warum wird ein Zeitraum von zwei Jahren zur Ausarbeitung eines Aktionsplans als angemessen angenommen, wenn das wissenschaftlich bestätigte Zeitfenster laut IPCC-Sonderbericht von 2018 für erfolgreich umzusetzende Maßnahmen lediglich noch ca. acht Jahre beträgt?²

4. beauftragt die Verwaltung, weiterhin jährlich über die Maßnahmen und Erfolge zur Verringerung der Treibhausgasemissionen zu berichten. Grundlage für eine Weiterentwicklung des Integrierten Energie- und Klimakonzepts (IEKK) zu einem SECAP bilden die Empfehlungen des IPCC.

Bitte teilen Sie uns mit, ab wann der Bericht zur Verringerung der Treibhausgasemissionen zum Jahr 2019 nachzulesen sein wird.

5. fordert die Bundes- und die Landesregierung auf, ihr Engagement im Klimaschutz zu verstärken. Daneben müssen Bund und Land die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, die den Kommunen die Möglichkeit geben, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel einzudämmen.

- Gibt es ein Schreiben des Oberbürgermeisters an Bund und Land mit einer solchen Aufforderung? Wenn ja, gibt es schriftliche Antworten der Landes- bzw. Bundesregierung? Wir bitten um Übersendung einer Kopie der Schreiben!

- Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf die geforderten „rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für Kommunen“?

Der Rat der Stadt hat weiterhin den gemeinsamen Antrag 0998/2019 der Fraktionen von SPD, CDU und FDP zum Klimaschutz in Essen wie folgt beschlossen:

1. Das Engagement der Grüne Hauptstadt Agentur wird zu einem Knotenpunkt klimapolitischen Engagements von Kommune, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern ausgebaut.

- Wie sieht das Konzept zum Ausbau des Knotenpunktes aus? Was sind die inhaltlichen

² <https://www.de-ipcc.de/256.php>

Aufgaben bis zur Kommunalwahl und darüber hinaus? Wie sieht der Zeitplan aus?
- Wie ist die Einbindung der BürgerInnengruppen, -verbände und -initiativen geplant?

2. Die städtischen Beteiligungsgesellschaften werden aufgefordert, insbesondere bei der Beschaffung von Technik und Fahrzeugen klimarelevante Auswahlkriterien sowie alternative Antriebstechniken zu prüfen.

- Welche Auswahlkriterien wurden festgelegt? Welche alternativen Antriebstechniken wurden in die Betrachtung einbezogen? Wie sieht für konkrete Einzelfälle (Beschaffungsfälle beschreiben) der Entscheidungsweg aus?
- Welche Konsequenzen ziehen Sie oder haben Sie aus dem Prüfergebnis gezogen?
- Sollen konkrete Beschlussvorlagen aus dem Prüfergebnis erfolgen?

3. Weiterhin regelmäßig (mind. jährlich) über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Senkung von Emissionen zu berichten. Die Förderung von CO₂-neutraler Fortbewegung und Mobilität ist dabei unser Hauptziel (Weiterverfolgung des Ziels alltagstauglicher Fahrradinfrastruktur und Ausbau des städteübergreifenden ÖPNV).

- Mit welchen konkreten Maßnahmen - neben den Maßnahmen des Luftreinhalteplans Essen und der aktuellen Vereinbarung mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) - wollen Sie Ihr Ziel einer CO₂-neutralen Mobilität, aber auch den vom Rat beschlossenen „Modalsplit“ erreichen?
- Inwieweit könnte bei allen verkehrspolitischen Entscheidungen der Ausstoß oder die Einsparung von CO₂ das ausschlaggebende Kriterium sein?
- Inwieweit setzen Sie den Ausbau von Straßen zugunsten des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) in Verbindung mit CO₂-Einsparung?

4. Die Stadt Essen setzt sich beim Deutschen Städtetag für ein nationales Förderprogramm „Masterplan Klimaschutz Kommune“ ein. Die Stadt Essen bittet den Deutschen Städtetag außerdem, sich für ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene einzusetzen.

- Inwieweit und wann hat sich die Stadt Essen beim Deutschen Städtetag für ein nationales Förderprogramm eingesetzt? Was ist das Ergebnis?
- Inwieweit setzt sich die Stadt Essen zur Umsetzung oder auch im Sinne der Wissenschaft für Ergänzungen des im Entwurf vorliegenden Klimaschutzgesetzes ein?

5. Die Stadt Essen tritt dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ (KommBio) bei.

- Leider ist der Beitritt bis heute nicht erfolgt. Bis wann ist der beschlossene Beitritt vorgesehen? Welche Gründe haben zur Verzögerung der Umsetzung des Beschlusses geführt?

6. Die Verwaltung entwickelt ein Konzept zur Anpassung des Stadtgrüns im Hinblick auf klimatische Veränderungen. Hierbei soll die Begrünung von Mittelstreifen an Hauptverkehrsachsen, Nachpflanzung klimaresistenter Bäume, Anlagen von

Blühstreifen auf städtischen Grünflächen besonders berücksichtigt werden.

Dieses Ziel erscheint uns weder dem erforderlichen Ehrgeiz eines wirkungsvollen Klimaschutzes noch einer erforderlichen Klimafolgenanpassung gerecht zu werden. Denn die Zusammenhänge von Klimawandel, Freiflächenschwund und Artensterben sind unbestritten, die konkurrierenden Nutzungsansprüche durch Industrie, Bebauung und (Verkehrs-) Infrastruktur auf die Grün-, Wald- und landwirtschaftlichen Flächen halten jedoch auf deren Kosten unvermindert an.

- Inwieweit besteht ein Konzept zur Anpassung des Stadtgrüns?
- Wird bei der Erarbeitung des Konzepts zur Anpassung des Stadtgrüns der „Aktionsplan für Vogel-, Bienen- und Insektenschutz für Essen“ mit berücksichtigt? Der Rat der Stadt Essen hat die Verwaltung im April 2018 beauftragt, diesen Aktionsplan zu erstellen. Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept wurde im Doppelhaushalt 2020/21 jedoch nicht berücksichtigt.
- Wie kann das Stadtgrün bzw. die Grüne Infrastruktur – insbesondere in den Quartieren und Stadtteilen - gesichert, erhalten und weiterentwickelt werden, wenn seitens der Politik keine Ressourcen (weder Flächen noch finanzielle Mittel) zur Verfügung gestellt werden?
- Gibt es Zwischenergebnisse im Projekt „BaumAdapt“ (Entwicklung eines urbanen Wald-/ Stadtbaumbestandes zur Erhöhung seiner Resilienz) für die Modellquartiere? In welchem Zeitrahmen können Handlungsempfehlungen und -konzepte auf das gesamte Stadtgebiet angewendet werden? Welche Ressourcen sind erforderlich?

7. Als Teil der Klimapolitik setzt die Stadt Essen auf nachhaltiges Bauen. Dies gilt für den Hoch- und Tiefbau.

Die Baupolitik ist eine der Säulen für eine zukunftsweisende klimagerechte Ausrichtung der Stadt Essen. In dem Beschluss wird lediglich die Art und Weise des Bauens selbst als Ziel genannt. Hierzu fragen wir uns:

- Wie ist „nachhaltiges Bauen“ in Essen definiert? Gibt es dazu konkrete Beschlüsse?
- Inwieweit arbeiten Politik und Verwaltung an Konzepten und Beschlüssen, um das „Setzen auf nachhaltiges Bauen“ im Hoch- und Tiefbau mittels konkreter Vorgaben und Maßnahmen umzusetzen?
- Inwieweit unterstützen Sie das Konzept der „Doppelten Innenentwicklung“ bei allen großen Bauvorhaben und bei der Beurteilung der Bebauungspläne? Wird es von den Räten in den Ausschüssen und im Rat bei Entscheidungen nachgefragt?

Unser Appell an Sie:

Setzen Sie Ihre Beschlüsse vom 10. Juli 2019 wie versprochen um und beweisen Sie, dass Sie sich an den erreichten Ergebnissen messen lassen wollen!

Maßnahmen zum Klimaschutz sind nur noch in einem sehr begrenzten Zeitfenster einzuläuten und umzusetzen. Jede Verzögerung macht spätere Maßnahmen schwieriger und teurer.

Alle Länder, die das Corona-Virus nicht ernst genommen haben, sind Opfer einer ebensolchen Unterschätzung geworden. Lernen wir daraus!

Denn das Gleiche gilt für den Klimaschutz: alle zu treffenden Maßnahmen sind unumgänglich und dienen dazu, den für uns Menschen weitaus verheerenderen Klimawandel aufzuhalten!

Handeln Sie JETZT!

Bitte beachten Sie unsere Anregungen in der Anlage.
Gerne können wir diese Fragen in persönlichen Gesprächen klären oder auch digital per Videokonferenzen.

In Erwartung Ihrer Stellungnahme verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen

Parents for Future Essen
Gemeinsam für Stadtwechsel-Kernteam
RUTE-Moderatorenteam
ADFC Essen e.V.
Alexander Neumann, Scientists for Future Rhein/Ruhr
„Arbeitskreis - Gute Lebensmittel im Revier“
Attac Essen
Beirat für Umweltfragen der Evangelischen Kirche in Essen
bioladen frohnhausen
Bonnekamp Stiftung
Bürger gegen Fluglärm e.V.
Bürgerinitiative Gladbecker Straße
Entrepreneurs for Future
Ernährungsrat Essen
Essener Aktion gegen Umweltzerstörung
Essener Friedensforum
Extinction Rebellion Essen
Fridays for Future Essen
Gemeinwohl-Ökonomie-Gruppe in Essen
Grüne Lungen Essen mit Bürger-Aktion Bochold, Rettet die Katernberger Grünflächen,
Bürgerinitiative „Meckenstocker Weg“, Initiative „Rettet Rüttenscheid“, Bürgerinitiative
„Rettet den Klostersgarten!“, Interessengemeinschaft Ickten
Initiative für Nachhaltigkeit
Jan-Karsten Meier, Mitglied des Bundesvorstandes von UnternehmensGrün e. V. sowie
dem Bundesverband der Grünen Wirtschaft
Mobilität-Werk-Stadt e.V.
NABU Ruhr e.V.
Radentscheid Essen
Stadtverband Essen der Kleingärtnervereine e.V.
Transition Town - Essen im Wandel mit den Gemeinschaftsgärten in Essen, den
Repaircafés in Rüttenscheid und Katernberg sowie Zero Waste - Kein Müll
Troll Ökologische Backwaren GmbH
Verkehrsclub Deutschland - Essen
von Grünstadt - müllfreie Alternativen fürs Leben
Waldforum Essen
WP 1, Laden für Stadtwechsel Altenessen-Süd (in Gründung)
WURZELessentrinkenYEAH

PS: Dieses Schreiben wurde auch an die Fraktionsvorsitzenden und die Geschäftsstellen der im Stadtrat Essen vertretenden Parteien geschickt. Weiterhin stellen wir dieses auch der Presse zur Verfügung. Die unterzeichnenden Initiativen können das Schreiben außerdem online auf ihrer jeweiligen Homepage veröffentlichen.